

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

90 (31.3.1919) Erstes Blatt

Gegen die Verlängerung der Mandatsdauer.

Eine Versammlung des Demokratischen Vereins Heidelberg hat sich mit allen gegen drei Stimmen gegen die Verlängerung der Mandate der Mitglieder der Badischen Nationalversammlung als Landtagsabgeordnete ausgesprochen.

In einem längeren Artikel spricht sich die 'Neue Bad. Landeszeitg.' ebenfalls gegen die Verlängerung der Mandatsdauer aus. Das Blatt teilt mit, daß sich der Vorstand des Demokratischen Vereins in Mannheim einmütig auf den Standpunkt gestellt habe, daß der entsprechende Gesetzentwurf zu verwerfen sei.

Der 1. Mai.

Die sozialdemokratische Fraktion der badischen Nationalversammlung hat beschlossen, einen Antrag einzubringen, nach dem der 1. Mai auch in Baden zum Feiertag erhoben werden soll. Die badische Sozialdemokratie wird den 1. Mai 1919, möge die Entscheidung der bürgerlichen Fraktionen der Nationalversammlung auch anders lauten, zu einem Demonstrationstage für die Mai-Akte gestalten.

Die Tagesordnung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Bad. Nationalversammlung ist auf Mittwoch, den 2. April, vorm. 9 Uhr anberaumt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Abstimmung über einen Antrag Wassa (Dem.) betr. den parli. Ernährungsbeitrag, ferner die Behandlung verschiedener Petitionen und schließlich die Beratung über den Gesetzentwurf betr. die Bildung des Geschäftsjahres der Ministerien und die Wahl der Minister und des Staatspräsidenten.

Unter der vorläufigen badischen Regierung.

Die Wahlen zu den Schulbeiräten.

Das Unterrichtsministerium hat für die Wahlen zu den vorläufigen Schulbeiräten verschiedene Beschlüsse im Gebiet der Unterrichtsverwaltung erlassen. Danach finden die Wahlen für den Landes-Schulbeirat, die Kreis- und Stadtschulbeiräte nach dem Verhältniswahlverfahren auf Grund gebundener Listen statt. Zur Aufstellung einer Liste zum Landes-Schulbeirat sind 100, zu den Kreis- und Stadtschulbeiräten 25 Beiräte berechtigt. Die Wahl wird in Person durch veredelte Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt. Die Wahl in die Schulbeiräte geschieht in den einzelnen Schulen unter Leitung des Schulleiters, wobei einfache Stimmeneinheit entscheidet. Die Prüfung und Verabschiedung der Eintragslisten gegen eine Wahl an Volls- und Fortbildungsschulen liegt den Kreis-Schulämtern und Volksschulrektoren zu. Beschwerden gegen deren Bescheid sind an das Unterrichtsministerium zu richten. Eintragslisten gegen eine Wahl an höheren Lehranstalten werden unmittelbar von dem Unterrichtsministerium verabschiedet.

Die Wahlen zum Landes-Schulbeirat, sowie zu den Kreis- und Stadtschulbeiräten finden nach einer Anordnung des Unterrichtsministeriums am 14. Mai statt. Das Wahlergebnis wird bei den Kreis-Schulämtern und Volksschulrektoren am 21. Mai, beim Unterrichtsministerium am 28. Mai ermittelt. Für den Landes-Schulbeirat, die Kreis- und Stadtschulbeiräte, sowie die Schulbeiräte hat das Unterrichtsministerium ferner eine Geschäftsabordnung bestimmt, nach der den Mitgliedern das Recht zusteht, zu den Beratungsgegenständen schriftliche Anträge einzureichen; sie können auch jederzeit schriftlich mit geeigneter Begründung beantragen, daß bestimmte Beratungsgegenstände auf die Tagesordnung gesetzt werden. Über den Verlauf der Sitzungen ist eine Niederschrift aufzunehmen, aus der jedes Mitglied seine Ansicht schriftlich abgeben kann. Die den Mitgliedern zugehenden Unterlagen und die Verhandlungen sind inwieweit vertraulich zu behandeln, als darüber nichts veröffentlicht werden soll; jedoch sind die Mitglieder berechtigt, ihren Berichtsgenossen, denen sie entnehmen oder von denen sie gewährt sind, Bericht zu erstatten, sofern die Vorlagen und Verhandlungen nicht ausdrücklich als vertraulich bezeichnet wurden.

Aufhebung der Vorschulen.

Nachdem die badische Nationalversammlung die Verfassung in zweiter Lesung angenommen hat, wurde vom Unterrichtsministerium angedeutet, daß die Vorschulen an den höheren Mädchenschulen, soweit diese bestehen, aufzuheben werden. Nach § 19 Abs. 5 der Verfassung sind, wie wir wiederholt dargelegt haben, alle Kinder bis zum Eintritt in eine höhere Lehranstalt zum Besuch der Volksschule verpflichtet. Damit ist die rechtliche Grundlage für die Aufhebung der Vorschulen in Bezug gekommen. Die Aufhebung der Vorschulen erfolgt Klassenweise in der Art, daß auf Beginn des neuen Schuljahres 1919/20 eine Aufnahme von Schülerinnen in die unterste Vorklassstufe nicht mehr stattfindet.

Warnung.

Die in der letzten Zeit von den Anhängern und Anhänginnen der kommunistischen Bewegung in Mannheim abgegebene Broschüre 'Die Arbeiterbewegung in Mannheim' enthält eine Reihe von Unwahrheiten, die die Arbeiterbewegung in Mannheim in einem schlechten Licht erscheinen lassen. Die Broschüre enthält eine Reihe von Unwahrheiten, die die Arbeiterbewegung in Mannheim in einem schlechten Licht erscheinen lassen.

Freiburger Kommunalpolitik.

Freiburg, 25. März.

Freiburg macht nachträglich Kriegsgewinne; keine Stadt ist unberührt von der Revolution, und so gerät der Industrie verhängnisvoll. Der Widerstand der Industrie verhängnisvoll. Der Widerstand der Industrie verhängnisvoll. Der Widerstand der Industrie verhängnisvoll.

von 665 000 M.) abgelehnt; Obmann Kopf (Landtagsabg. Zentr.) erklärte: Handwerker und Gewerbetreibende seien vielfach schlimmer daran als die Beamten; auch auf die preissteigende Wirkung der anstehenden Steuererhöhungen wurde hingewiesen. Oberbürgermeister Thoma führte in seiner Rede aus, daß alle Ausgaben in seiner Verwaltung, insbesondere der Personalausgaben und der Schuldenzinsen, im ganzen eine Mehrausgabe von 844 000 M. erfordern und das Kriegswirtschaftsplanbudget einschließlich Erwerbslosenunterstützung auf 1 Million angesetzt sei (die außerordentlichen Kriegsanforderungen, dabei Kaufkraftüberwertung, Notstandsarbeiten, Vermehrungen — insgesamt auf 4 Millionen). Zur Deckung dienen Verertrag aus Erhebungen und aus dem Ertrag der Steuererhöhung, Umlageerhöhung um 2 Pfg. (216 000 M.), Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises (20 Pfg. Einheitspreis), des Strompreises und der Luftfahrtssteuer der Kinos (und Neuanwendung auf Privattheater). Man hat ferner den Theaterbetrieb (Gemeindefürsorge) vermindert und die Preise erhöht und Krankenhausbauarbeiten, Badeanstalt und Straßenbahnvermehrungen beschlossen. Die Kritik der Stadtverordneten bezieht sich u. a. auf die Möglichkeit, das zwar zur Abtragungsmittelvermehrung dienlich an die Volkshilfe und Milch an die Laktation beigetragen hat, aber kaumwichtig immer noch schlecht abnimmt; Verwalter Schoenenberger gab einen Verlust von 65 Pfg. (1) bei jedem Liter Milch an; es soll nach Wiederkehr normaler Zeiten parallelweise verbessert werden, nach dem Gutachten einer gemischten Kommission. Der Schulamtsleiter Herrsche, Schulrat Schatz (Dem.) die Aufhebung der Knabenschule als Anfang der Einheitschule und forderte Verlegung des Schmerzpunkts auf Geschäft und Deutsch und die Verankerung für das wertvolle Leben. Aufhebung der Jugend zu öffentlichen Sommerkuren, Gartenbau und Landwirt; der französische Produktentwurf sei wohl in Förderung zu pflegen. Hildebrandt aber nur eine Scheinwahl in der Volkshilfe; er empfahl die ungeteilte Unterrichtsverwaltung im Zentrum einen harten Gegenstand, einem Elternbeirat zu unterwerfen. Wohnung kann freigegeben, wenn die Sache tatsächlich angeht, für die Zugewandten schon beschaffen. Durch Zusammenlegen in Privathäusern sind bisher 500 Unterkünfte ermittelt und können noch einige Sonderfälle freigegeben werden. Dazu sind ferner die Kassen und der große Hof. Auch die private Wohlfahrt hat sich wieder; die Gemeindefürsorge hat sich wieder; die Gemeindefürsorge hat sich wieder; die Gemeindefürsorge hat sich wieder.

Der Kampf gegen den Bolschewismus. Amsterdam, 31. März. Dem 'Algemeen Handelsblad' wird aus Paris berichtet, daß die Obermilitärstellen in Frankreich, England, Amerika und Italien den Rat der Vier in Kenntnis gesetzt haben, daß der Kampf gegen den Bolschewismus in Ungarn und Russland unverzüglich aufgenommen werden müsse, da man ihn sonst am Rheine zu führen genötigt sei. Paris, 30. März. Der Rat der Vier legt seine Arbeiten in ungefähr zweimal täglich stattfindenden Konferenzen planmäßig fort. Über die Ergebnisse dieser Beratungen wird größte Zurückhaltung beobachtet, doch scheint es schon jetzt festzustellen, daß eine bestimmte Anzahl Material und Anstehungsstände nach Rumänien geschickt werden für die militärischen Vorkämpfer, die angeht durch die bolschewistische Regierung in Ungarn hervorgerufenen Verhältnisse getroffen werden müssen. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß General Mangin beauftragt werde, die Unternehmungen in Rumänien und Ungarn zu leiten. General Freny werde sich sofort nach Polen begeben, um sich an die Spitze der alliierten Armee zu stellen. Brno, 30. März. Das tschechische Pressebüro meldet, der Kommandant der alliierten Truppen habe über die Stadt Brno den Befehl erlassen, die Stadt zu verlassen. Bern, 30. März. Nach einer Belgrader Meldung des jugosl. Press-Büros. Die Sozialisten mit dem Vostriki aus der Regierung und mit dem Übertrag von Opposition angeht der Kammernachrichten aus Prag, die den Sieg des Planes der Entente befürchten lassen. Die jugoslawische Friedensdelegation in Paris wird, wenn die Entente gegen Jugoslawien entscheidet, abberufen werden und die gesamte Regierung demissionieren. Berlin, 31. März. Ein Drahtbericht. Wie der Berliner Korrespondent des 'Corriere della Sera' meldet, beschäftigt die Berliner Konferenz vorläufig gegenüber Ungarn eine abwartende Haltung einzunehmen und insbesondere solange keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen, als die ungarischen Truppen die Demarkationslinie nicht überschritten. Nach der 'Anteil Press' sind in Paris nicht-militärische Meldungen eingetroffen, wonach Ungarn an Serbien den Krieg erklärt hat. Paris, 31. März. (Muster.) In der Kammer wurde der sozialistische Antrag, die Deeregreife im zweiten Quartal des Jahres 1919 auf 10 Millionen Franken festzusetzen mit 392 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Der Unterstaatssekretär für den Krieg erklärte, daß die Regierung nicht für eine Expedition nach Russland sei und kein Mann noch dorthin geschickt werde. Die Politik der Alliierten gegen Russland sei, den Polen, Rumänen und den baltischen Staaten ihre Unterstützung gegen den Bolschewismus durch Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Vorräten zu geben. Wien, 30. März. Die 'Volkszeitung' meldet: Nach zuverlässigen Publizisten Meldungen hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Entente gemacht angeboten. Die Mitteilung soll bereits nach Berlin abgelehnt sein. Anmerkung des M.B.: In dieser Angelegenheit ist von einem solchen Angebot nichts bekannt. Berlin, 31. März. Die polnische Presse meldet, daß die Militarisierung fortgeschritten ist. Die Nationalversammlung hat von der Regierung den beschleunigten Abschluß eines militärischen Übereinkommens mit der Entente geordert, damit diese schnellstens Kriegsmaterial unter einer militärischen Mission sende. Für das Aufstehen in Polen ist die Anwesenheit von zwei weiteren Kohärenzen angeordnet worden. Heute soll, verschiedenen Wätern zufolge, Baderewski nach Paris abreisen, wo er zwei Wochen bleiben werde.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Eine neue Angelegenheit der Franzosen und Belgier.

Berlin, 29. März. Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Coo vom 28. März 1919. Nudant teilte in einer Note mit, die französische und die belgische Regierung hätten beschlossen, ohne Bezug auf die Rücknahme von Artikel 19 des Waffenstillstandsvertrages zu beginnen, welche von Deutschland in Frankreich rekrutiert worden sind. Zu diesem Zweck werde im besetzten deutschen Gebiet sofort eine Musterung aller aus Frankreich und Belgien stammenden Pferde und Tiere vorgenommen werden. Im umliegenden Teil Deutschlands solle eine entsprechende Musterung durch eine Sonderkommission abgelehnt werden, die von der Kommission für die Rückgabe rekrutierter Maschinen angeleitet werden würde. Dieser Kommission solle auch die Rücknahme des aus Frankreich und Belgien fortgeführten landwirtschaftlichen Materials übertragen werden. Die Besitzer der Tiere würden, wie es in der Note heißt, nicht bestraft werden, wenn sie in Ausübung geordneter Anordnungen beobachtet oder die Tiere nur in Verwahrung und Pflege haben.

Fortsetzung der kleinlichsten Schläne.

Berlin, 29. März. Die Alliierten haben, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, beschlossen, den deutschen Schiffen unter 1000 Tonnen den Küstenverkehr nach Dänemark, Holland, Norwegen und Schweden zu gestatten. Die Ladungen sollen vorläufig auf Lebensmittel und solche Artikel beschränkt sein, die in den bestehenden Abkommen mit den Neutralen eingeschlossen sind. Den Schiffen wird von den Alliierten für jede Fahrt ein besonderer Erlaubnischein ausgestellt. Wenn man über den Wert dieser Erlaubnisse nachdenkt, so wird man unwillkürlich an die kürzlich erfolgte Freigabe eines Teils der Nordsee zur Fischerernte erinnert, welche so mitemerger ist, daß irgendein Fangergebnis kaum zu erwarten ist. Welt soll der Handel, welchen wir während des ganzen Krieges, als unsere Flotte die Ozeane beherrschte, und mit Holland und Dänemark auch noch nach der Sperre der Lüste, auf dem Landwege bis heute getrieben haben, dieser Handel soll 'gestoppt' sein. Ein wahrhaft geringes Zugeständnis dem Lebensbedürfnis Deutschlands. Die Erlaubnis des Küstenverkehrs zwischen den deutschen Häfen zur Versorgung der Städte und der Industrien mit Kohlen und zur Versorgung von Lebensmitteln, ist mit keinem Worte erwähnt. Solange von dieser Verleugung unterhalten ist, kann man wohl kaum von gutem Willen der Entente sprechen, die jeder Menschlichkeit und Menschlichkeit widerprechende Vordrucke mißbrauchen oder ausüben zu wollen.

Der Krieg in Deutsch-Ostafrika.

Berlin, 30. März. General von Lettow-Vorbeck hielt heute Mittag auf Einladung des Vereins Berliner Presse im Metropoltheater einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. Zum Beginn des Kampfes standen ihm etwa 200 Europäer und 2000 Askaris zur Verfügung. Gegen ihn haben im Verlaufe der Kämpfe über 100 feindliche Generale gefanden. Es gelang ihm zunächst, die deutsche Kolonie einhalb Jahre lang vom Feinde freizuhalten. Den großen Sieg bei Tanga gewann er mit 1000 gegen 8000 Mann. Im Frühjahr 1916 zwang ihn der General der Südafrikaner unter General Smuts seine Taktik zu ändern und durch Ausweichen den Feind hinzubringen. Im November 1917 waren infere Waffen, Munition, Sanitätspersonal, besonders das wichtige Chinin und Proviant sowie aufgebraucht, daß u. a. die alten Patronen (Mosell 7071) verwendet werden mußten. Die Truppen mußten von Hinden leben und sich unter Zusammenfassung der marisschäftigen und kampfschäftigen Männer auf Lebensgrundlage, schnelle Marsche und Lebensfälle einstellen. Die deutschen Truppen durchdrangen die einschließenden Feinde. Ein gelungener Lebenslauf ein portugiesischer Lager bei Nomano am Zusammenfluß des Namawa und des Lukeno am 25. November 1917 brachte gewaltige Beute an Gewehren, Munition und Proviant. Beim Eintritt auf portugiesisches Gebiet hatte der General etwa 300 Europäer und 1700 Askaris samt den nötigen Trägern. Die Eingeborenen begriffen die Deutschen als Feinde. Ein Jahr später, als die Nachricht vom Waffenstillstand eintraf, waren noch 150 Europäer und 1200 Askaris bei der Fahne. Viele Askaris haben gelangt; Wir werden bei Dir bleiben bis wir fallen. Aber auch die 3000 Träger haben ausgehalten.

des Verpflegungsabkommens aus dem Brüsseler Schiffahrtsabkommen gestrichelt werden sollte, hat die Entente die Genehmigung zur Bewaffnung von vier kleinen Kreuzern verweigert.

Klagen aus dem besetzten Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 31. März. Bei der Beobachtung der Rheinbrücke zwischen dem rechtsrheinischen Düsseldorf und dem besetzten Stadteil Oberkassel verwenden die Belagerer neuerdings Konnoeager. Die Schwarzen behandeln, wie die 'Voss. Sta.' berichtet, die Passanten in unerhörter Weise. namentlich sind die Frauen bei der Unterführung durch die Neuer aroher Willkür ausgesetzt. Von den Bewohnern des besetzten linksrheinischen Gebietes wird allmählich über den starken Druck der feindlichen Belagerung aellant.

Der Kampf gegen den Bolschewismus.

Amsterdam, 31. März. Dem 'Algemeen Handelsblad' wird aus Paris berichtet, daß die Obermilitärstellen in Frankreich, England, Amerika und Italien den Rat der Vier in Kenntnis gesetzt haben, daß der Kampf gegen den Bolschewismus in Ungarn und Russland unverzüglich aufgenommen werden müsse, da man ihn sonst am Rheine zu führen genötigt sei.

Paris, 30. März. Der Rat der Vier legt seine Arbeiten in ungefähr zweimal täglich stattfindenden Konferenzen planmäßig fort. Über die Ergebnisse dieser Beratungen wird größte Zurückhaltung beobachtet, doch scheint es schon jetzt festzustellen, daß eine bestimmte Anzahl Material und Anstehungsstände nach Rumänien geschickt werden für die militärischen Vorkämpfer, die angeht durch die bolschewistische Regierung in Ungarn hervorgerufenen Verhältnisse getroffen werden müssen. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß General Mangin beauftragt werde, die Unternehmungen in Rumänien und Ungarn zu leiten. General Freny werde sich sofort nach Polen begeben, um sich an die Spitze der alliierten Armee zu stellen.

Brno, 30. März. Das tschechische Pressebüro meldet, der Kommandant der alliierten Truppen habe über die Stadt Brno den Befehl erlassen, die Stadt zu verlassen.

Bern, 30. März. Nach einer Belgrader Meldung des jugosl. Press-Büros. Die Sozialisten mit dem Vostriki aus der Regierung und mit dem Übertrag von Opposition angeht der Kammernachrichten aus Prag, die den Sieg des Planes der Entente befürchten lassen. Die jugoslawische Friedensdelegation in Paris wird, wenn die Entente gegen Jugoslawien entscheidet, abberufen werden und die gesamte Regierung demissionieren.

Berlin, 31. März. Ein Drahtbericht. Wie der Berliner Korrespondent des 'Corriere della Sera' meldet, beschäftigt die Berliner Konferenz vorläufig gegenüber Ungarn eine abwartende Haltung einzunehmen und insbesondere solange keine militärischen Maßnahmen zu ergreifen, als die ungarischen Truppen die Demarkationslinie nicht überschritten. Nach der 'Anteil Press' sind in Paris nicht-militärische Meldungen eingetroffen, wonach Ungarn an Serbien den Krieg erklärt hat.

Paris, 31. März. (Muster.) In der Kammer wurde der sozialistische Antrag, die Deeregreife im zweiten Quartal des Jahres 1919 auf 10 Millionen Franken festzusetzen mit 392 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Der Unterstaatssekretär für den Krieg erklärte, daß die Regierung nicht für eine Expedition nach Russland sei und kein Mann noch dorthin geschickt werde. Die Politik der Alliierten gegen Russland sei, den Polen, Rumänen und den baltischen Staaten ihre Unterstützung gegen den Bolschewismus durch Lieferung von Lebensmitteln, Kleidung und Vorräten zu geben.

Wien, 30. März. Die 'Volkszeitung' meldet: Nach zuverlässigen Publizisten Meldungen hat die ungarische Regierung der deutschen Reichsregierung ein Bündnis gegen die Entente gemacht angeboten. Die Mitteilung soll bereits nach Berlin abgelehnt sein.

Letzte Nachrichten.

Professurkündigungen gegen die Vergewaltigung Danzigs und Westpreußens.

(Eigener Drahtbericht.) Königsberg, 31. März. Am Sonntag fanden in Königsberg große Demonstrationen gegen die Danzig und Westpreußen drohenden Gefahren statt, die auch Ostpreußen vom Reich abzutrennen drohen. Die Kundgebungen waren von allen Parteien gemeinsam veranstaltet und von Tausenden besucht. Nur die Inhabanten einer kleinen Stadt mit der Bevölkerung ausgeschlossen, daß sie zwar gegen die Verewaltung Danzigs und Westpreußens seien, als einziges Mittel dagegen aber nur ein Zusammengehen mit der russischen Sowjetrepublik sehen.

Der Krieg in Deutsch-Ostafrika.

Berlin, 30. März. General von Lettow-Vorbeck hielt heute Mittag auf Einladung des Vereins Berliner Presse im Metropoltheater einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Ostafrika. Zum Beginn des Kampfes standen ihm etwa 200 Europäer und 2000 Askaris zur Verfügung. Gegen ihn haben im Verlaufe der Kämpfe über 100 feindliche Generale gefanden. Es gelang ihm zunächst, die deutsche Kolonie einhalb Jahre lang vom Feinde freizuhalten. Den großen Sieg bei Tanga gewann er mit 1000 gegen 8000 Mann. Im Frühjahr 1916 zwang ihn der General der Südafrikaner unter General Smuts seine Taktik zu ändern und durch Ausweichen den Feind hinzubringen. Im November 1917 waren infere Waffen, Munition, Sanitätspersonal, besonders das wichtige Chinin und Proviant sowie aufgebraucht, daß u. a. die alten Patronen (Mosell 7071) verwendet werden mußten. Die Truppen mußten von Hinden leben und sich unter Zusammenfassung der marisschäftigen und kampfschäftigen Männer auf Lebensgrundlage, schnelle Marsche und Lebensfälle einstellen. Die deutschen Truppen durchdrangen die einschließenden Feinde. Ein gelungener Lebenslauf ein portugiesischer Lager bei Nomano am Zusammenfluß des Namawa und des Lukeno am 25. November 1917 brachte gewaltige Beute an Gewehren, Munition und Proviant. Beim Eintritt auf portugiesisches Gebiet hatte der General etwa 300 Europäer und 1700 Askaris samt den nötigen Trägern. Die Eingeborenen begriffen die Deutschen als Feinde. Ein Jahr später, als die Nachricht vom Waffenstillstand eintraf, waren noch 150 Europäer und 1200 Askaris bei der Fahne. Viele Askaris haben gelangt; Wir werden bei Dir bleiben bis wir fallen. Aber auch die 3000 Träger haben ausgehalten.

Wiederaufnahme der Arbeit im Saargebiet.

Saarbrücken, 30. März. Nach 8 1/2 stündigen Verhandlungen zwischen dem Leiter des französischen Grubenkontrollbüros und den Arbeitervertretern wurden Abmachungen getroffen, auf Grund deren diese zur Wiederaufnahme der Arbeit am Montag auffordert. Die Auslastungsbewertung im Saargebiet kann somit als beendet angesehen werden.

Keine Erhöhung der Schlachtviehpreise.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 31. März. Das Reichsernährungsamt hat jede Erhöhung der Schlachtviehpreise abgelehnt, da man die Lebensmittelpreise und die Arbeitslöhne abbauen will.

Verweigerte Ausreise.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 31. März. Die belgische Regierung lehnt es ab, den zurückgeführten belgischen Arbeitern irgendwelche Ausreise über die Grenzstationen der in Belgien seit unserem Rückzuge verbliebenen belgischen Soldaten zu geben. Frankreich ist entgegenkommend.

Der Mörder James' freigesprochen.

(Eigener Drahtbericht.) Rotterdam, 31. März. Aus Paris wird gemeldet, daß der Mörder Kaurès, Villain, wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen worden ist. Mit diesem 'Medis'bruch findet eine unübliche Grotteske einen der Mureure würdigen Abschluß. Wenn irgend etwas, so beweist dieser Vorgang, daß Frankreich sich schon mitten im moralischen Zusammenbruch befindet. Das was uns über manche Demütigungen, die wir bereits erlitten haben und die uns noch bevorsteht, trösten.

Berlin, 31. März. Zum Kreisbruch des Mörders von Kaurès, der wegen Unzurechnungsfähigkeit erlosene, meinte das 'Berl. Tagbl.', daß die Verteidiger des Mörders besonders die antimilitaristische befreundliche Politik Kaurès angriffen. Der 'Vorwärts' berichtet von einem unzulässigen Aufstrebenden des französischen Chauvinismus. Der Kreisbruch bedeutete einen Schluß in das Gesicht der französischen Parteioffiziere.

Baldiger Sturz des Kabinetts Clemenceau.

Bern, 30. März. Angriffe des Vorliegenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten in der Kammer gegen Wilson, die namens des Ausschusses unter großem Beifall fast aller Demokratisierten erfolgten, reihen von dem gesamten französischen Presse in Verbindung mit neuerlichen Angriffen gegen Kios dahin gedeutet, daß das Kabinett Clemenceau sofort nach Friedensschluß gestürzt werden würde. Briand und Bonnard werden als Nachfolger genannt.

Ententekombinationen über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Genua, 30. März. 'New York World' meldet aus Paris: Der gesamte Betrag der Kriegsschuld an die Alliierten, die Deutschland auferlegt werden sollen, beträgt 45,8 Milliarden Dollars. Hierunter entfallen auf Frankreich 15 Milliarden Dollars, auf England 6 Milliarden, auf Italien 7 Milliarden und auf die Vereinigten Staaten 750 Millionen Dollars. Da aber der Gesamtbetrag die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigen würde, so soll er deshalb auf 20 bis 30 Milliarden Dollars herabgesetzt werden.

Die Kommission für internationale Arbeitererregung.

Amsterdam, 29. März. Es wird gemeldet, daß die Kommission für internationale Arbeitererregung der Bericht fertiggestellt wurde. Es wurde die Klausel aufgestellt, die für die Aufnahme in den Friedensvertrag vorgeschlagen wurde. Der erste Grundgedanke, auf den sich die neue Arbeitererregung stützt, ist, daß die Arbeit der Welt nicht als lässliche Ware oder als Handelsartikel angesehen wird. In den weiteren Bestimmungen wird vorgeschlagen, daß kein Mensch unter 14 Jahren im Handel oder in der Industrie tätig sein darf. Zwischen 14 und 18 Jahren dürfen Personen beiderlei Geschlechts nicht für eine Arbeit, die ihre physische Entwicklung schädigen kann, unter Bedingungen, die die Bildung ihres praktischen Lebens oder ihre allgemeine Ausbildung behindern, verwendet werden. Jeder Arbeiter hat ein Anrecht auf einen Lohn, der ihm eine angemessene Lebensführung ermöglicht. Weiter wird gefordert, gleicher Lohn für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit und ein wöchentliches Arbeitsmaß für alle Arbeiter.

Dortmund, 31. März.

Im Stationsgebiet des Bahnhofes Dortmund sind heute früh drei Leichen, einer in Matrosenuniform, der andere in Feldgrau, mit bürgerlichem Aussehen, die beiden angehenden Verleher von den Eindringlingen in Schach gehalten und gefesselt. Darauf bemächtigten sie sich des Geldes, das sich in der Tasche befand, etwa 500 000 M., das zur Gehaltszahlung der Beamten bestimmt war. Die Räuber sind mit der Beute unerkannt entkommen.

Zubavest, 31. März. Auf Grund eines Erlasses des Volkskommissars für industrielle Produktion sind sämtliche Arbeitgeber- und Interessensvertretungsvereine aufzulösen. Dementsprechend haben der Landesbund der ungarischen Industriellen und der Landesverein der ungarischen Eisenwerke und Maschinenfabriken ihre Auflösung beschlossen. Anlaß der Verabschiedung des Erlasses wurde die Zubavestungs- und Gewerkschaften aufgelöst.

Orientfragen.

Wichtiges werden nur beantwortet, wenn die Abwesenheitsstellung beibehalten ist. Bei schriftlicher Antwort an den Redaktions-Büro.

F. S. in R. Unieres Erachtens ist Genauere Auskunft erhalten Sie am besten von der Artikelredaktion in Karlsruhe.

A. S. Wein.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with columns: Orts-Zeit, Wärmem., -erm. in C, Wind, Bewölk., Windst., -imp. (mm). Rows for 30. März, 31. März, 1. April.

Höchste Temperatur am 30. März 1,2, niedrigste in der darauffolgenden Nacht -1,5. Niederschlagsmenge am 31. März: 7,6 mm. Schneehöhe am 31. März: 2,9 Zentimeter.

Unsere Geschäftsstelle ist geöffnet

von morgens 8 Uhr bis 1 Uhr mittags, von mittags 2 „ „ 7 „ abends. Montags schon um 7 Uhr morgens.

Karlsruher Tagblatt.

